

Tätigkeitsbericht der Ombudsstelle für Studierende 2020/21 an den Herrn Bundesminister für Bildung, Wissenschaft und Forschung und an den Nationalrat

Zusammenfassung

Die Ombudsstelle für Studierende im Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung (BMBWF) hat jeweils per 15. Dezember eines jeden Kalenderjahres gemäß § 31 Abs. 7 Hochschul-Qualitätssicherungsgesetz (HS-QSG) an den zuständigen Bundesminister / die zuständige Bundesministerin sowie an den Nationalrat einen Tätigkeitsbericht (TB) über das jeweils vorherige akademische Jahr vorzulegen. Dies ist eine Zusammenfassung des Berichtes für 2020/21.

Berichtsgegenstand und generelle Statistiken:

Berichtsgegenstand sind die Wahrnehmungen der Ombudsstelle für Studierende zu im Berichtszeitraum vorgebrachten Anliegen aus dem per Gesetzauftrag definierten Studien-, Lehr-, Prüfungs-, Service- und Verwaltungsbetrieb an hochschulischen Bildungseinrichtungen im österreichischen Hochschulraum sowie an Einrichtungen, die mit Studierendenthemen befasst sind.

Die hochschulischen Bildungseinrichtungen umfassen alle öffentlichen Universitäten, Privatuniversitäten, Fachhochschulen, öffentlichen und privaten Pädagogischen Hochschulen, die Diplomatische Akademie Wien, das Institute of Science and Technology Austria sowie sogenannte „§ 27 HS-QSG“ – Institutionen (i.e. grenzüberschreitende Studien).

Unter mit Studierendenthemen befasste sonstige Einrichtungen fallen die Studienbeihilfenbehörde, die Stipendienstellen, die Aufenthaltsbehörden, Studentenheime etc..

Die vorgebrachten Anliegen kommen von österreichischen und internationalen Studieninteressent*innen, Studienwerber*innen, Studierenden sowie von ehemaligen Studierenden.

Die **Studierendenzahlen** aller hochschulischen Bildungseinrichtungen im österreichischen Hochschulraum (mit Stichtagsabweichungen) zusammengefasst ergeben für das Studienjahr 2020/21 insgesamt **408.260** Studierende.

Die Zahl der **Studienwerber*innen**, soweit erhebbar, betrug

- an Fachhochschulen **65.335** Personen (aufgenommene Studierende 23.737 Personen, Mehrfachbewerbungen möglich!)

- für öffentliche Universitäten und Pädagogische Hochschulen gibt es keine netz-verfügbaren Bewerber*innenzahlen
- für Privatuniversitäten ergibt sich aus den von der ÖPUK zur Verfügung gestellten Zahlen für das akademische Jahr 2020/21 eine Gesamtsumme von **13.457** Bewerber*innen, **4.572** davon sind aufgenommen worden

Anliegen nach Geschlecht: **375** der Anliegen kamen von Männern, **462** von Frauen.

Zu Redaktionsschluss waren es **837** Anliegen, **785** (zum Stichtag 30.09.2021) davon abgeschlossen. Das ist ein neuer Höchstwert an Anliegen, die an die Ombudsstelle für Studierende im BMBWF herangetragen worden sind. Davon wurden **11,34%** von der OS gegenüber den Anliegeneinbringer*innen in deren Sinne gelöst, bei **69,81%** der Anliegen wurden Informationen erteilt; bei **3,31%** der Anliegen ergab sich nach Überprüfung des Sachverhaltes keine Zuständigkeit der Ombudsstelle für Studierende, bei **9,55%** der Anliegen konnte die Ombudsstelle für Studierende keine weiteren Aktivitäten setzen, somit war keine Behandlung dieser Anliegen möglich. Bei **5,99%** der Anliegen war keine Lösung im Sinne der Anliegeneinbringer*innen möglich.

Aufteilung der Anliegen nach Institutionen:

öffentliche Universitäten: 382 (45,6%)
 sonstige Institutionen: 118 (14,1%)
 Institutionen nicht genannt / bekannt: 61 (7,3%)
 Fachhochschulen: 83 (9,9%)
 Studienbeihilfenbehörde: 81 (9,7%)
 Studentenheime: 24 (2,9%)
 Pädagogische Hochschulen: 36 (4,3%)
 Privatuniversitäten: 23 (2,7%)
 § 27 Institutionen: 29 (3,5%)

Anliegen nach Themen

Die zehn häufigsten Themen waren:

299 Studienbedingungen (35,8%)
 102 Zulassung zum Studium (12,2%)
 108 Sonstiges (12,9%)
 80 Studienbeihilfe (9,6%)
 40 Anerkennung / Anrechnung von Leistungen (4,8%)
 37 Studienbeitrag (4,4%)
 24 Studentenheime (2,9%)
 47 akademische Grade (5,6%)
 25 Stipendien (3%)
 21 Erlöschen der Zulassung/Ausschluss aus dem Studium (2,5%)

Die Themenhäufigkeit variierte nach Hochschultypen

Beschreibung von Anliegen

Wie auch in früheren Berichten werden im TB 2020/21 Anliegen im Detail dargestellt und über deren Ergebnisse berichtet. Insgesamt sind 40 Anliegen, zu folgenden Themen beschrieben:

- COVID: Recht auf Online-Lehre bei Familienhospizkarenz
- COVID: Ausreichende Prüfungsdauer und Identitätsfeststellung bei Take Home Exam
- COVID: Durchführung von Präsenzprüfungen während hoher Infektionszahlen in der Gesamtbevölkerung
- COVID: Verwendung von Scanner und Drucker im Universitätsgebäude
- COVID: Mahngebühren für nicht zeitgerechte Rückgabe während eines Lockdowns
- COVID: Keine Online-Prüfung für chronisch kranke Studierende
- COVID: Kurzfristige Änderung des Prüfungsformates
- Umstieg in den neuen Studienplan und fehlende Lehrveranstaltung
- Nachteilsausgleich im Zulassungsverfahren
- COVID: Verwendung unerlaubter Hilfsmittel bei Online-Prüfung
- Anerkennung non-formaler Kenntnisse
- Kollidierende Aufnahmeverfahren
- Aufnahmeverfahren an einer öffentlichen Universität
- COVID: Nichtteilnahme am Aufnahmetest wegen Absonderungsbescheid
- Wiederholung bereits anerkannter Prüfungen
- Plagiatsvorwurf
- Zahlung des Studien- und ÖH-Beitrags ohne Erhalt eines Studienplatzes
- Technische Panne beim Aufnahmeverfahren
- Durchführung eines Lehrgangs im Ausland ohne entsprechende Akkreditierung
- Pönale für den Nichtantritt eines Studienplatzes
- Frühkarenz und Studium
- Schädliches Vorstudium
- Negativer Kompetenzkonflikt der Zuständigkeit im Rechtsmittelverfahren bei Mobilitätsstipendien (MOS)
- Berücksichtigung von Vorstudienzeiten bei Anerkennung von Leistungen für die Anspruchsdauer bei Studienbeihilfe
- Probleme mit deutschem Fernstudium
- Anliegen zum Thema Bildungsimport (6 Anliegen zu diesem Thema)
- Verlängerung der Aufenthaltsbewilligung
- COVID: Verwendung unerlaubter Hilfsmittel bei online Prüfung
- Zeugnisausstellung nach Entzug des Öffentlichkeitsrechts eines Konservatoriums
- Anliegen Eintragung britischer akademischer Grade
- COVID: Keine Nominierungen für Erasmus+-Auslandsstudienaufenthalte durch öffentliche Universität wegen der Pandemie
- Gescheiterte Heimvertretungswahl
- Vorwürfe psychischer und sexualisierter Gewalt an einer öffentlichen Universität
- Studienzeitverlängerung durch mangelnde Lehrveranstaltungsplätze
- Aufnahme von Studienwerber*innen in außerordentliches Studium an einer Fachhochschule in einem Studiengang ohne konkrete Finanzierungszusage

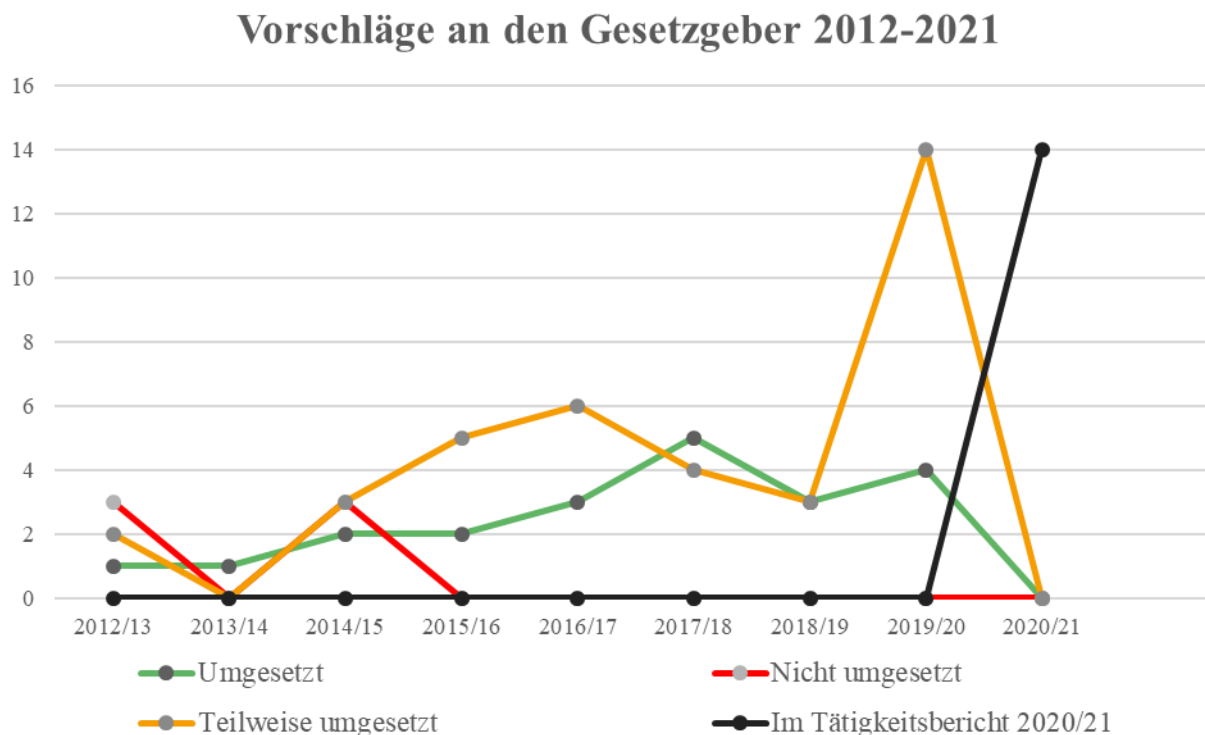
Vorschläge an Organe und Angehörige von Hochschulinstitutionen sowie an den Gesetzgeber

Insgesamt 14 Vorschläge ergehen an den Gesetzgeber sowie die Organe und Angehörige von hochschulischen Bildungseinrichtungen

- Einführung eines elektronischen Studierendenausweises
- Aufbewahrungspflicht von Abschlussurkunden nach Beendigung des Rechtsstatus als hochschulische Bildungseinrichtung
- Deckelung von möglichen Pönalen bei Nichtantritt von Studienplätzen
- Akademische Grade
- § 15 Studienförderungsgesetz Anerkennung vor Leistungen aus Vorstudien
- § 56d Studienförderungsgesetz Mobilitätsstipendium – MOS
- Psychologische Studierendenberatung auch für Studierende an Pädagogischen Hochschulen (§ 68a StudFG)
- Gebührenbefreiung beim Schlichtungsverfahren gemäß § 18 StudHG
- Veröffentlichungspflicht der Studentenheimverträge auf der jeweiligen Webseite
- Heimstatut auch in Papierform
- Erweiterung der Verlängerungstatbestände gemäß § 5a Abs. 8 StudHG
- Klarstellung der sozialen Notlage
- Rückforderung der Kautions im Außerstreitverfahren
- Überprüfung der Höhe des Benützungsentgeltes gemeinnütziger Studentenheime im Außerstreitverfahren
- Rechtsschutz bei Verwendung unerlaubter Hilfsmittel bei elektronischen Prüfungen

Vorschläge an den Gesetzgeber im Zehnjahresrückblick

In untenstehender Grafik werden die Vorschläge der Ombudsstelle für Studierende im BMBWF an den Gesetzgeber seit 2012 bis 2021 inklusive Umsetzungsstand dargestellt.



Rückblick

Veranstaltungen der Ombudsstelle für Studierende

Auch 2021 gab es von der Ombudsstelle für Studierende in Kooperation mit den Anspruchsgruppen und Interessensvertretungen entsprechende Service- und Informationsarbeit sowie Betreuungsarbeit bei der Behandlung von studentischen Anliegen. Zu guter Durchführungspraxis sowie zu Generalthemen sind unter anderem folgende Veranstaltungen durchgeführt worden:

Recruiting International Potential for Austrian Higher Education Institutions: Obstacles and Opportunities

Eine gemeinsame (online) Veranstaltung des BMBWF, der Webster Vienna Private University sowie der Ombudsstelle für Studierende am 31. Mai 2021 (aufgezeichnet an der Webster Vienna Private University)

Hochschulische Ombudsstellen: Wie? Warum? Wozu?

Eine gemeinsame (hybride) Veranstaltung des BMBWF sowie der Ombudsstelle für Studierende am 1. Juli 2021 in der Sky Lounge - Fakultät für Wirtschaftswissenschaften, Universität Wien

Impfen – ja/nein/vielleicht/Angst: Eine „sichere“ Post-COVID19 Hochschule?

Eine gemeinsame (hybride) Veranstaltung der Sigmund Freud Privatuniversität Wien, des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Forschung sowie der Ombudsstelle für Studierende am 2. September 2021 an der Sigmund Freud Privatuniversität

Intensivseminar zum Tätigkeitsbericht 2019/20

Eine (analoge) Veranstaltung der Ombudsstelle für Studierende am 1. Oktober 2021 an der Wirtschaftsuniversität Wien

Ausblick

Veranstaltungs-Schwerpunkte 2022

Auch 2022, teilweise von 2020 und 2021 übernommen, wird die Ombudsstelle für Studierende in Kooperation mit den Anspruchsgruppen und Interessensvertretungen entsprechende Service- und Informationsarbeit sowie Betreuungsarbeit bei der Behandlung von studentischen Anliegen leisten. Zu Generalthemen sind unter anderem Veranstaltungen zu folgenden Themen geplant:

Spezialseminar: Aufnahme und Bearbeitung von Anliegen resp. Beschwerden und deren Ergebnisse, Wien (gemeinsam mit der Volksanwaltschaft)

Wie bereits im vorvorigen Jahresprogramm 2020 geplant, beabsichtigen die im Hochschulombudsnetz organisierten Ombudsstellen und ähnliche Einrichtungen im österreichischen Hochschul- und Forschungsraum (www.hochschul-ombudsnetz.at) eine Veranstaltung gemeinsam mit der Volksanwaltschaft, bei der Themen wie Aufnahme und Bearbeitung von Anliegen (bei der Ombudsstelle für Studierende) respektive von Beschwerden (bei der Volksanwaltschaft) analysiert werden sollen. Auch Bereiche wie Vertraulichkeit sowie datenschutzrechtliche Aspekte und deren konkrete Umsetzung, vor allem angesichts des kommenden Bundesgesetzes zur Umsetzung der sogenannten „Whistleblowing-Richtlinie“ des Europäischen Parlaments und des Europäischen Rates (2019/1937 EU), werden behandelt werden.

Die Ergebnisse des Forschungsprojektes Zur Schaffung von Public Value: Die Volksanwaltschaft als Mittlerin zwischen Bürger*innen und Staat des FH-Studienganges Public Management der **Fachhochschule Campus Wien** sollen dabei mitberücksichtigt werden. [Homepage der FH Campus Wien](http://www.fh-campuswien.ac.at/forschung/projekte-und-aktivitaeten/zur-schaffung-von-public-value-die-volksanwaltschaft-als-mittlerin-zwischen-buegerinnen-und-staat.html)

<https://www.fh-campuswien.ac.at/forschung/projekte-und-aktivitaeten/zur-schaffung-von-public-value-die-volksanwaltschaft-als-mittlerin-zwischen-buegerinnen-und-staat.html>

Brauchen Pädagogische Hochschulen eine/n Ombudsfrau/mann, Innsbruck (gemeinsam mit der RÖPH und der PH Tirol)

Die **Rektorinnen- und Rektorenkonferenz der öffentlichen Pädagogischen Hochschulen (RÖPH)** und die **Pädagogische Hochschule Tirol** als Mitveranstalter*innen werden bei dieser Tagung gemeinsam mit dem BMBWF Themenbereiche rund um das Hochschul-Gesetz 2005 sowie Studienrecht und Studienförderungsrecht im Bereich der Pädagogischen Hochschulen

beraten und allfällige Zukunftsempfehlungen auf die Zusammenarbeit mit Konfliktbearbeitungsstellen respektive mit der Ombudsstelle für Studierende im BMBWF erstellen.

Beziehungsverlust durch elektronischen Verkehr: Ist eine Repersonifizierung von „Ämtern“ notwendig?, Vaduz, Liechtenstein (gemeinsam mit dem Schulamt des Fürstentums Liechtenstein und dem Ombudsmann der Universität Liechtenstein)

Durch die zunehmende Digitalisierung von Dienstleistungen generell sowie auch von (wo zutreffend) „Ämterverkehr“ im Bereich der Hochschulverwaltung scheint sich ein ständig steigender Beziehungsverlust zu entwickeln, da Studieninteressent*innen, Studienwerber*innen, Studierende und ehemalige Studierende nur mehr im „durchelektronisierten“ Verfahren mit ihrem Gegenüber kommunizieren können, diese Stellen untereinander sehr gut vernetzt sind und regen Datenaustausch tätigen oder Datenzugriff ermöglichen.

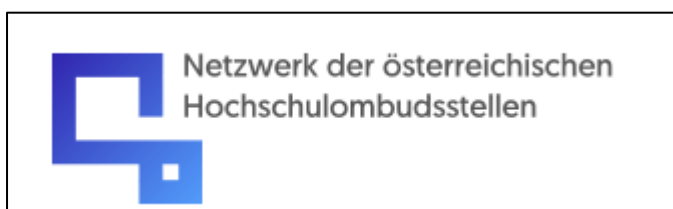
Bei dieser Tagung gemeinsam mit dem **Schulamt des Fürstentums Liechtenstein** und dem Ombudsmann der **Universität Liechtenstein** werden Anwendungsexpert*innen aus verschiedenen Fachbereichen diese Themen beraten und Empfehlungen abgeben.

Heteronormativität und Studienwahl in Musikstudien: Jenseits von bestehenden Glaubenssätzen (Arbeitstitel!)

Ähnlich der jahrzehntelangen Situation in technisch-naturwissenschaftlichen Fächern bei Universitätsstudien mit dem dort gegebenen niedrigen Anteil weiblicher Studierender ist Ähnliches auch im Bereich von bestimmten Musikstudien zu beobachten.

Um zum Thema Studienwahl frei von heteronormativen Glaubenssätzen transportieren und bewusstseinsbildend tätig sein zu können, wird diese Veranstaltung mit mehreren Musikuniversitäten im zweiten Halbjahr 2022 ausgerichtet werden.

Gemeinsam mit der Österreichischen Agentur für wissenschaftliche Integrität innerhalb des Hochschulombudsnetzwerkes sind mehrere themenspezifische Veranstaltungen ([Homepage des Hochschulombudsnetzwerkes](http://www.hochschulombudsnetz.at) www.hochschulombudsnetz.at) vorgesehen.



Reaktionen auf diesen Bericht, seine Inhalte, die darin enthaltenen Vorschläge an den Gesetzgeber, an Organe und Angehörige von hochschulischen Bildungseinrichtungen können entweder an die E-Mail-Adresse os.tb2021@bmbwf.gv.at oder an josef.leidenfrost@bmbwf.gv.at geschickt werden.